

M

it einem Stadtplan von 1936 findet man sich auf dem Berliner Olympiagelände auch heute noch gut zurecht. Maifeld, Sportforum, Haus des Deutschen Sports, Friesenhof und Friesenallee sowie die Skulpturen – alles entstanden während des »Dritten Reichs« und bis heute bewahrt, fast unverändert.

Auf einen Rundgang – im Rahmen der Suche von Hertha BSC nach einem geeigneten Standort für ein neues Fußballstadion – nehme ich den Bericht von Hans Pfundtner mit, damals Staatssekretär im Reichsinnenministerium und verantwortlich für die Bauten der Olympischen Spiele 1936. Der Spaziergang führt vorbei an germanischen, dem Nazi-Körperkult huldigenden Skulpturen zum Maifeld. »Ein für Massenkundgebungen ausreichendes Aufmarschgelände«, wie Pfundtner schreibt, das auch heute noch Maifeld heißt. Es hat sich nichts verändert: »Auf der Rasenfläche des Maifeldes können 210.000 Personen aufmarschieren, auf den umliegenden Wällen 70.000 Zuschauer aufstellung nehmen.«

Es sollte der Parade- und Aufmarschplatz von Nazi-Deutschland werden, man wollte hier die Siege über die überfallenen Völker Europas feiern. Gerade werden die Tribünen der Anlage sorgfältig saniert, sicherlich nicht in Erwartung weiterer Kundgebungen, sondern weil der riesige Platz – so der Berliner Senat in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage vom März 2020 – »ein Geschichtszeugnis von überragender historischer, künstlerischer, wissenschaftlicher und städtebaulicher Bedeutung« darstelle.

Jenseits der Rasenfläche des Maifelds erheben sich Glockenturm und Langemarckhalle, die Pfundtner besonders hervorhebt: »Am Fuße des Glockenturms wird die dem Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen deutschen Jugend geweihte Langemarckhalle errichtet.« In der Schlacht von Langemarck, als der Erste Weltkrieg schon verloren war, zogen »junge Regimenter«, unzureichend ausgerüstet und ausgebildet, angeblich »Deutschland, Deutschland über alles« singend, in die Schlacht und sinnlos in den Tod. Die Nationalsozialisten nutzten den Langemarck-Mythos propagandistisch für ihre Zwecke. Nach Albert Speers Plänen zur »Welthauptstadt Germania« sollte das Reichssportfeld der »Universität Adolf Hitler« zugeschlagen werden. Als architektonischen Höhepunkt wollte er eine riesenhafte Langemarckhalle errichten, die die bereits existierende weit übertreffen sollte.

Wir gelangen an dem ebenfalls für die Olympischen Spiele 1936 gebauten Schwimmstadion vorbei zur Hauptachse der Anlage, der seit den Dreißigerjahren nach Friedrich Friesen benannten Allee. Friesen war ein nationalistischer Eiferer, der zusammen mit »Turnvater« Jahn die »Leibeserziehung« zu einem Programm der »sittlich-nationalen Erneuerung« machte.

Für wen er heute noch Vorbild ist, zeigt die Web-site der nach ihm benannten Stiftung, gegründet von der AfD in Sachsen-Anhalt. Dort heißt es: »Gerade in unseren Tagen, da sich Deutschland einer neuzeitlichen Völkerwanderung ausgesetzt und von seinen Funktionseliten übergangen sieht, kann Karl Friedrich Friesen dem deutschen Volk als Vorbild dienen. In seiner Person vereinen sich freiheitliches Sehnen, patriotischer Geist und unverrückbarer Kampfesmut – es handelt sich um jene Tugenden, welche sich das deutsche Volk selbst in seinen dunkelsten Stunden zu bewahren vermochte.«

Auf dem Areal finden sich überall Skulpturen von »gottbegnadeten Künstlern«, wie Adolf Hitler sie nannte: beispielsweise der *Boxer* von Josef Thorak, der *Zehnkämpfer* und die *Siegerin* von Arno Breker sowie die *Rosseführer* von Joseph Wackerle. Thorak und Breker durften auch die Neue Reichskanzlei mitgestalten. Die Übungsplätze auf dem Olympiagelände ehren immer noch Anhänger des deutschen Faschismus, so etwa Ferdinand Huepfe, Mediziner, Eugeniker und Fußballfunktionär, für den Sport das Überleben der »germanischen Herrenrasse« sichern sollte. Und erst vor kurzem wurde die Reichsakademie für Leibesübungen im Haus des Deutschen Sports so akkurat für Berlins Sport-elite-schule renoviert, dass die Schulverwaltung eigens zusichern musste, bestimmte Bereiche des Gebäudes mit wiederhergestellten Nazi-Wandmalereien seien für Schüler nicht zugänglich. Der Denkmalschutz überwiegt.

Im Großen und Ganzen steht das einstige Reichssportfeld so, wie es von den Nationalsozialisten errichtet wurde, unter Denkmalschutz. In den Fünfzigerjahren wurden Hakenkreuze, Hitler-Büsten und Hoheitszeichen des »Dritten Reichs« entfernt, eine grundsätzliche Aus-ein-an-der-setzung mit dem Erbe des Faschismus – auch dem baulichen – wurde jedoch versäumt.

Die Bundeskanzlerin hat im vorigen Jahr zwei Gemälde von Emil Nolde aus ihrem Amtszimmer verbannt, nachdem sein Antisemitismus manifest wurde. Der Bunker von Hitlers Fahrbereitschaft wurde nach seiner Freilegung bei Bauarbeiten in den Ministergärten dokumentiert und wieder verfüllt, damit niemand auf die Idee kommen möge, den Ort zu heroisieren. Das Kriegsverbrechergefängnis in Spandau wurde nach dem Selbstmord von Rudolf Heß im Jahr 1987 dem Erdboden gleichgemacht, der Bauschutt pulverisiert und in der Nordsee verklappt. Hier jedoch, auf dem Olympiagelände, wird mit Unterstützung des Denkmalschutzes die Propaganda der Nazis fortgesetzt, und keiner der Nutzer des Geländes erhebt sich dagegen.

Offensichtlich habe ich, als ich noch Senator war, haben aber auch andere Politiker das Weltbild des Berliner Denkmalschutzes nicht ausreichend hinterfragt. So konnte es den Denkmalschützern erst kürzlich wieder gelingen, den rot-grünen Senat ausrichten zu lassen, das Olympiagelände sei »als monumentale Sportanlage der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein überragendes Zeugnis der Olympischen Idee. Zugleich steht es als mahnendes Symbol der Bau- und Kunstpolitik in der Zeit des Nationalsozialismus.« Auch das Maifeld sei »ein Geschichtszeugnis von überragender historischer, künstlerischer, wissenschaftlicher und städtebaulicher Bedeutung«.

Nach der Wiedervereinigung haben sich Politik und Stadtgesellschaft intensiv mit der Frage befasst, ob die baulichen Hinterlassenschaften aus der Zeit des Faschismus oder der DDR wegen ihrer historischen Kontaminierung abgerissen werden sollten und aus dem Stadtbild verschwinden müssten. Leidenschaftlich wurde darum gerungen, ob Gebäude aus den beiden Diktaturen überhaupt von demokratischen Institutionen genutzt werden dürften. Das Ergebnis war, dass sich Berlin seiner

Geschichte stellte, die Zeugnisse der dunklen Geschichte weiterentwickelte und transformierte und ihnen damit eine neue Schicht demokratischer Geschichte hinzufügte. Beim heutigen Außenministerium, dem früheren Reichsbankgebäude und späteren Sitz des Zentralkomitees der SED, zeigt sich beispielhaft, wie eine moderne Ergänzung den Ort verändert hat und die Strenge des Baus mindern konnte.

So sind wir in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auch bei der Sanierung des Stadions vor der Weltmeisterschaft 2006 vorgegangen. Eine Kommission zur »Historischen Kommentierung des Olympiastadions« unter der Leitung des Historikers Reinhard Rürup beriet uns dabei. Mit der Kommission waren wir der Meinung, es sei ausreichend, über Geschichte, Gestaltung und Funktion der Bauten und Kunstwerke aufzuklären. Das Ergebnis sind 45 Tafeln zur Entstehungsgeschichte sowie eine Multimedia-Station im Eingangsbereich des Stadions, die schon seit Jahren defekt ist.

Heute muss ich selbstkritisch konstatieren, dass wir nicht genau genug hingeschaut haben. Wir hätten uns nicht auf das Stadion beschränken dürfen. Wir haben nicht berücksichtigt, dass das Stadion Teil des Olympiageländes ist und mit dem Olympiagelände auch das faschistische Erbe unter Denkmalschutz gestellt wurde. So habe ich übersehen, dass nicht einmal Umbenennungen stattgefunden haben, weder von Gebäuden noch von Straßen. Aber auch die bloße Kommentierung von Ästhetik und Geschichte mit Schautafeln ist aus heutiger Sicht unzureichend. Derartige Hinweise auf die Stadtgeschichte mögen stadtteilbezogen wichtig und lehrreich sein. Im Umfeld eines Stadions, in das die Fans in freudiger Erwartung eines Fußballspiels strömen, bleiben sie unbeachtet und stellen allenfalls ein halbherziges Alibi dar.

Waren wir uns am Anfang des 21. Jahrhunderts zu sicher, dass »der Schoß doch nicht mehr fruchtbar« sei und Europa für immer frei und vereint sein werde? Haben wir deshalb geglaubt, uns leisten zu können, es bei »kritisch-analytischen Hinweisen« zu belassen?

20 Jahre später sind wir mit einer gänzlich anderen Situation konfrontiert. Nationalismus und Rechtsextremismus sind in Europa wieder erstarkt. Der NSU-Terror, die Morde von Halle und Hanau, die Wahlerfolge der AfD lehren uns, dass das Sommermärchen vorbei ist. In diesem Klima wird wieder von »Umvolkung« gesprochen, das Holocaust-Mahnmal als ein Denkmal der Schande bezeichnet und die Nazi-Diktatur als »ein Vogelschiss« in der deutschen Geschichte.

Deshalb greift eine kritische Kommentierung zu kurz. Der Geist des Rechtsextremismus und des Nationalismus – wie er sich auf dem gesamten Olympiagelände manifestiert – ist fruchtbar noch! Die gesamte Anlage, alle Bauten, alle Benennungen, alle Skulpturen entsprangen der Ideologie der Nazis. Und wir sollten begreifen, dass dies die ideologische Symbolik ist, auf die sich heutige Akteure wie Höcke, Gauland und Kalbitz berufen.

Die Skulpturen, Wandgemälde, Reliefs müssen weg. Das Maifeld samt Führertribüne sollte abgeräumt und nutzbar gemacht werden für neue Sportfelder, Trainingsplätze, Spielwiesen. Alle Namen der Gebäude und Straßen und Trainingsplätze aus der Zeit der Nazis gehören revidiert, künftig sollten sie beispielsweise nach Opfern der jüngsten rechtsterroristischen Gewalttaten benannt werden.

Es gibt keinerlei gesellschaftliche Rechtfertigung für den Erhalt des Status quo auf dem ehemaligen Reichssportfeld. Was schützenswert ist und als Denkmal gilt, ist mitnichten lediglich eine Frage der Kunst, der Geschichte oder sozialer Relevanz. Letztlich hat die Politik zu entscheiden, ob etwas die Wertschätzung als Denkmal erfährt. Sie muss verantworten, ob beispielsweise die Sanierung der Tribüne des Maifeldes mit einem zweistelligen Millionenbetrag fortgesetzt werden soll, und ob tatsächlich auch noch die Tribünen des Schwimmstadions restauriert werden. Oder ob es nicht an der Zeit ist, das gesamte Gelände und den Denkmalschutz einer kritischen Revision zu unterziehen und das Gelände zu entnazifizieren, zu modernisieren und zu transformieren in einen lebendigen Sport- und Freizeitpark, der sich vom Ideal des Faschismus auch baulich und ästhetisch deutlich unterscheidet.

Peter Strieder war Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg und Senator für Stadtentwicklung (SPD). Heute arbeitet er als Rechtsanwalt